

Nukleare Rüstungsdynamik in Nahost?

Auch wenn der Bericht der US-Geheimdienste vom November 2007 feststellt, dass Iran im Jahr 2003 sein Atomwaffenprogramm eingestellt habe, besteht kein Anlass zur Entwarnung. Unbeirrt von den Forderungen des UN-Sicherheitsrats nach Einstellung der entsprechenden Programme fährt Teheran sowohl mit der Urananreicherung als auch mit seinem Schwerwasserprogramm fort. Auch die Raketenentwicklungen gehen weiter.

Europa hat sich schon sehr frühzeitig um diplomatische Lösungen hinsichtlich des iranischen Atomprogramms bemüht. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass eine Atomwaffe oder auch nur eine entsprechende Option in den Händen der Mullahs weitere Länder in der Region motivieren könnte, einen ebensolchen Weg einzuschlagen.

Eine destabilisierende nukleare Rüstungsdynamik in der europäischen Nachbarregion des Nahen und Mittleren Ostens wäre die Folge. Angesichts der vielfältigen Konflikte in dieser Weltgegend würde damit die Wahrscheinlichkeit, dass Atomwaffen eines Tages eingesetzt würden, dramatisch steigen. Darüber hinaus wäre die Existenz Israels fundamental gefährdet. Der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NVV), Kernbestandteil europäischer Nichtverbreitungspolitik, wäre angesichts mehrerer nuklearer Akteure im Nahen Osten kaum mehr zu retten.

Die Befürchtungen hinsichtlich eines atomaren Rüstungswettlaufs in Nahost gehen mit einem stetig steigenden Interesse in der Region an der friedlichen Nutzung der Kernenergie einher. Es wird daher in den kommenden Jahren darauf ankommen, die entsprechenden Länder bei der Verfolgung ihrer legitimen Interessen zu unterstützen, zugleich jedoch den militärischen Missbrauch ziviler Nuklearprojekte möglichst weitgehend auszuschließen.

Friedliche Nutzung der Kernenergie

Drei Faktoren sind für das Interesse der meisten Staaten des Nahen und Mittleren Ostens an der friedlichen Nutzung der Kernenergie ausschlaggebend: Die derzeit sehr hohen Öl- und Gaspreise, nationales Prestige sowie das Interesse von Indus-



Grafik: dpa

triestaaten, mit den Ländern der Region lukrative Kernenergiegeschäfte abzuschließen.

Hinsichtlich der Öl- und Gaspreise gilt es, einerseits zwischen denjenigen Ländern, die selbst über wenige oder gar keine solcher Ressourcen verfügen und andererseits öl- und gasreichen Nationen zu unterscheiden. Jordanien beispielsweise besitzt keine nennenswerten Öl- oder Gasvorkommen, weshalb die steigenden Energiepreise für das Land eine immer schwerere wirtschaftliche Bürde darstellen. Daher ist die nukleare Option für Jordanien interessant. Ägypten verfügt zwar über Öl-vorkommen, doch schwinden die Vorräte wegen seiner stetig wachsenden Wirtschaft und dem damit einhergehenden steigenden Energiebedarf rapide. Daher will Kairo möglichst viel des verbleibenden Ölvorrats auf den internationalen Märkten vergolden und den eigenen Energiebedarf zunehmend aus der Kernenergie speisen. Ressourcenreichen Staaten dagegen, wie etwa Saudi-Arabien, kommen die hohen Öl- und Gaspreise entgegen. Sie können sich angesichts ihrer steigenden Erlöse aus diesem Geschäft selbst Milliardeninvestitionen in den Bau von Kernreaktoren leisten. Somit kann Riad schon heute für die Zeit nach dem Öl planen. Bis es soweit ist, ergibt sich darüber hinaus die Möglichkeit, einen Teil des eigenen Energiebedarfs mit Kernenergie abzudecken, so dass mehr Öl und Gas zu vermutlich immer hö-

heren Preisen verkauft werden kann. Das saudische Interesse an der Kernenergie wurde im Dezember 2006 deutlich, als der in Riad ansässige Golfkooperationsrat, dem neben Saudi-Arabien noch Bahrain, Kuwait, Oman, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate angehören, den Plan für ein entsprechendes Programm verkündete, das bis 2009 auf den Weg gebracht werden soll. Der erste Reaktor soll 2025 in Dienst gestellt werden.

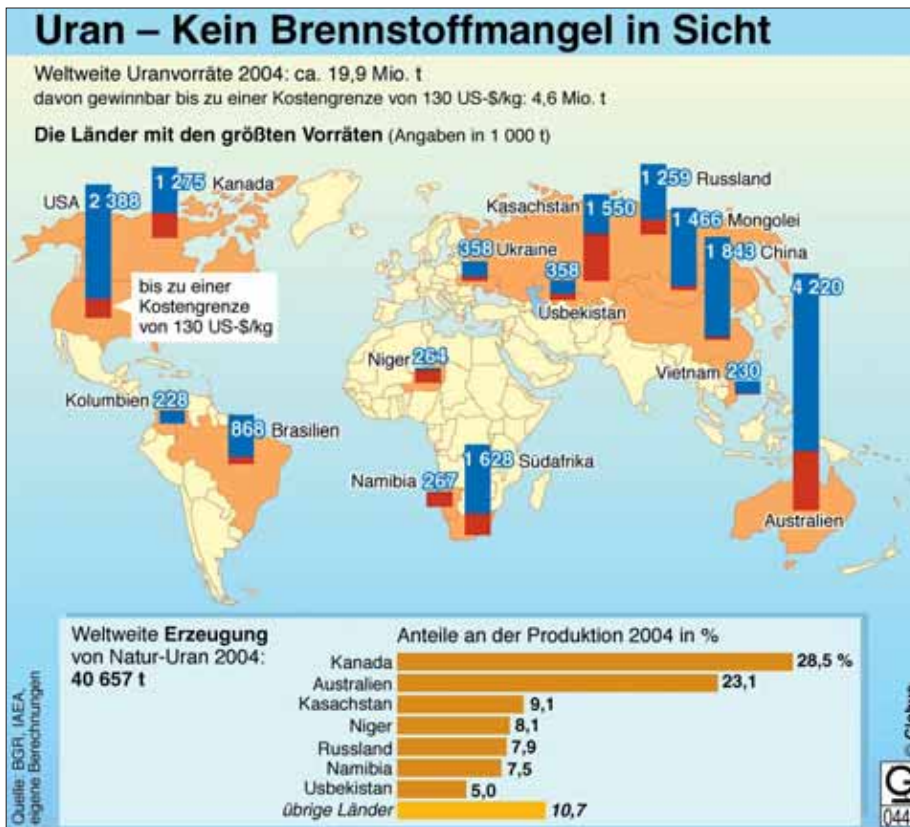
Nationalstolz ist ein zweiter wichtiger Grund. Die zivile Kernenergie wird als Fortschrittstechnologie angesehen, die man beherrschen können sollte, um in Zeiten der Globalisierung mit den Industriestaaten mitzuhalten. Dies gilt, zumal mit Kernenergie nicht nur Elektrizität für industrielle und private Zwecke gewonnen werden soll. Vielmehr streben viele Länder

darüber hinaus danach, ihre immer dringlicher werdenden Wasserprobleme mittels moderner, nuklear betriebener Meerwasserentsalzungsanlagen zu lösen.

Zweifellos sind alle Länder des Nahen und Mittleren Ostens, die zivile Kernenergieprogramme anstreben, nicht zuletzt wegen der damit verbundenen hohen Kosten stark von ausländischer Unterstützung abhängig. Neben Russland und auch China zeigt sich besonders Frankreich an nuklearen Kooperationsgeschäften interessiert. Paris strebt eine nukleare Zusammenarbeit mit Marokko, Algerien, Tunesien sowie Libyen, also praktisch mit der gesamten Maghreb-Region, an. Darüber hinaus unterhält die französische Nuklearindustrie bereits mit Jordanien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Jemen und Ägypten sowie auch mit der türkischen Regierung entsprechende Kontakte. Nach den jüngsten Nahostreisen des französischen Staatspräsidenten Sarkozy drängt sich der Eindruck auf, dass das Interesse Frankreichs an Nukleargeschäften selbst zum Antriebsmoment für Kernenergieprojekte in den betreffenden Ländern wird.

Auf dem Weg zur Bombe?

Neben den legitimen Interessen an der friedlichen Nutzung der Kernenergie treibt einige Länder des Nahen und Mittleren Ostens möglicherweise der Gedanke um,



Grafik: Globus

zwei Forschungsreaktoren, die beide unter der Aufsicht der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) stehen.

Einem Bericht der IAEO zufolge hat Ägypten bis zum Jahr 2003 nukleare Aktivitäten durchgeführt, bei denen es die erforderliche Transparenz vermissen ließ. Dies beinhaltete nicht deklarierte Materialien in kleinerem Umfang sowie Experimente zur Urankonversion, jedoch nicht zur Urananreicherung. Außerdem wurden Wiederaufbereitungsversuche durchgeführt. Diese Arbeiten scheinen aber sporadisch und ohne genaue Zielsetzung gewesen zu sein.

Im September 2006 gab der Sohn des ägyptischen Präsidenten Mubarak, Jamal, bekannt, sein Land wolle sein ziviles Nuklearprogramm wieder beleben. Bereits innerhalb der kommenden zehn Jahre sollen die ersten Kernreaktoren betriebsbereit sein. Sollte Iran auf seinem Weg zu einer Atomwaffenoption voranschreiten, könnte auch Ägypten versucht sein, sich diese Möglichkeit zu eröffnen. Sowohl hochrangige Zivilisten als auch Militärs scheinen mit einem solchen Vorgehen zu liebäugeln. Auch die Mehrheit der Bevölkerung könnte sich dafür aussprechen. Ein Zurückstehen gegenüber einer möglichen iranischen Bombe wird jedenfalls vielfach abgelehnt. Auch steigt die Unzufriedenheit mit der westlichen Akzeptanz israelischer Kernwaffen sowie den nicht eingelösten Abrüstungsversprechen durch die Kernwaffenstaaten im Rahmen des NVV. Allerdings ist die wissenschaftlich-technische Basis für ein Kernwaffenprojekt ebenso schwach wie Ägyptens finanzielle Ressourcen. Zudem würde ein offenes Streben nach Nuklearwaffen einen Bruch mit den USA provozieren. Letztlich könnte Ägypten keinen diplomatischen Druck auf Israel wegen seines Nuklearpotenzials mehr entfalten und ernsthaft seine Forderung nach einer ABC-waffenfreien Zone im Nahen Osten aufrechterhalten.

Saudi-Arabien

Eine iranische Bombe könnte auch Saudi-Arabien dazu verleiten, sich auf den nuklearen Pfad zu begeben. Schon jetzt sprechen viele Beobachter von einem schiitisch-sunnitischen Hegemonialkonflikt im Mittleren Osten zwischen dem Iran auf der einen und dem saudischen Königshaus auf der anderen Seite. Insbesondere fürchtet Riad einen verstärkten schiitischen Einfluss in Irak, sollte sich Teheran weiter an die Atomwaffe heranarbeiten. Anders als Ägypten hätte Saudi-Arabien wohl keine Probleme, ein Kernwaffenprogramm zu finanzieren oder – wie schon vielfach spekuliert wurde – sich Kernwaffen komplett, womöglich in Pakistan, zu kaufen. Letztere Option wäre sogar insofern plausibler, als Riad der-

dass sich entsprechende Projekte auch eigneten, um sich im Angesicht einer etwaigen iranischen Nuklearwaffenoption ähnliche Möglichkeiten zu eröffnen. Vor allem für Ägypten und Saudi-Arabien erscheint dies denkbar. Diese Länder könnten versucht sein, ihren eigenen Status und ihr Prestige sowie ihren machtpolitischen Einfluss auf wichtige politische Entwicklungen in der Region durch eine Kernwaffenoption zu untermauern. Doch Ägypten, das in starkem Maße von amerikanischen Finanz- und Rüstungstransfers abhängig ist, würde diese Unterstützung gefährden und damit den seit Jahren anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung in Frage stellen. Daher lotet Kairo derzeit auch Möglichkeiten einer Annäherung an Iran aus. Auch für Saudi-Arabien würde der Versuch des Aufbaus einer Kernwaffenoption Probleme aufwerfen. Von kleineren arabischen Golfanrainern könnte ein solches Vorgehen als der Versuch des saudischen Königshauses interpretiert werden, selbst Dominanz über die sunnitischen Länder in der Region auszuüben. Daher ist derzeit unklar, ob sich Saudi-Arabien darauf konzentrieren wird, eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zu Iran diplomatisch zu verhindern oder selbst ein Interesse an der Entwicklung einer Kernwaffenoption zu entwickeln.

Wesentlich ist, wie die USA und Israel auf eine mögliche iranische Atomwaffenoption reagieren würden. Sollte Jerusalem

in diesem Fall sein eigenes Nukleararsenal offen legen und vergrößern, dürfte dies auch entsprechende Bemühungen in Ägypten und Saudi-Arabien beflügeln. Um deren Sicherheit zu garantieren, wären amerikanische Beistandszusagen sowie eine bereits erwogene Neuauflage umfangreicher konventionellen Rüstungslieferungen einschließlich Raketenabwehrsystemen von zentraler Bedeutung.

Ägypten

Bereits in den sechziger Jahren wurde in Ägypten eine Nuklearwaffenoption ernsthaft geprüft. Nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 wurde das Projekt, das bis dahin vor allem wegen mangelnder internationaler Unterstützung nicht sehr weit fortgeschritten war, eingefroren. Ägypten unterzeichnete den NVV, auch um damit Israel diplomatisch unter Druck zu setzen. Zu diesem Zeitpunkt war das Atomwaffenprojekt jedoch noch nicht gänzlich ad acta gelegt worden. Erst nach dem Krieg mit Israel 1973 versprach der ägyptische Präsident Sadat den USA, den NVV zu ratifizieren und alle Kernwaffenbemühungen einzustellen. Im Gegenzug sollte Washington Ägypten großzügige Wirtschaftshilfe gewähren. Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl 1986 wurde auch das zivile Nuklearprogramm auf Eis gelegt. Derzeit besitzt Ägypten keinen Kernreaktor zur Energieherstellung. Allerdings existieren

zeit nicht die notwendige technische Infrastruktur besitzt, um Atomwaffen selbst zu bauen. Das Land verfügt weder über Kernkraftwerke noch über Forschungsreaktoren. Allerdings existieren Forschungskapazitäten, um Uranvorkommen zu entdecken, zu fördern und zu verarbeiten.

Offenbar hat Saudi-Arabien schon seit den achtziger Jahren das pakistanische Atomwaffenprogramm mitfinanziert. 1999 besuchten saudische Verteidigungsspezialisten pakistanische Urananreicherungsanlagen und Raketenproduktionsstätten und wurden dabei von A. Q. Khan, dem Vater der pakistanischen Bombe, unterrichtet. Khan reiste auch selbst mehrfach nach Saudi-Arabien. Im Oktober 2003 soll der Sohn des Kronprinzen Abdullah in Islamabad ein geheimes nukleares Kooperationsabkommen unterzeichnet haben, das mutmaßlich einen Tausch von Nukleartechnologie gegen billiges Öl beinhalten sollte. Entsprechende Berichte wurden jedoch von saudischer Seite dementiert.

Saudi-Arabien hatte schon vor Jahren von China CSS-2 Mittelstreckenraketen erworben, die von Peking ursprünglich für den Transport nuklearer Sprengköpfe vorgesehen waren. Sie sollen jedoch vor dem Verkauf an Riad für eine nicht-nukleare Rolle modifiziert worden sein. Heute sind diese Waffen wohl nicht mehr einsatzbereit. Riad bemühte sich offenbar bereits um den Kauf von Nachfolgesystemen, was von China aber abgelehnt wurde.

Wie Saudi-Arabien tatsächlich auf eine etwaige iranische Bombe reagieren würde, ist schwer vorherzusagen. Derzeit deutet aber einiges darauf hin, dass auch Riad eine durch Atomwaffen abgestützte iranische Vormachtrolle im Mittleren Osten nicht zu akzeptieren bereit ist.

Türkei

Einige Beobachter vertreten darüber hinaus die Auffassung, auch die Türkei könnte auf eine iranische Nuklearwaffenoption mit eigenen nuklearen Anstrengungen reagieren. Die Grundlage dafür könnte auch hier die friedliche Nutzung der Kernenergie sein. Dem allgemeinen Trend folgend, ist seit 2004 auch in der Türkei das Interesse an der Kernenergie wiedererwacht. Ankara plant bis 2015 den Bau von drei bis fünf Kernreaktoren. Der erste von ihnen könnte 2012 ans Netz gehen. Pläne, die Türkei zu einem regionalen Zentrum für die Urananreicherung zu machen, sind jedoch offenbar verworfen worden. Das ge-

plante türkische Programm der zivilen Kernenergienutzung ist in der boomenden türkischen Wirtschaft begründet, die in den letzten Jahren Wachstumsraten von sechs bis acht Prozent verzeichnete. Ankara benötigt daher immer mehr Energie, bei zugleich sehr begrenzten eigenen Ölvorkommen. Die Türkei ist deswegen immer mehr von Öl- und Gasimporten vor allem aus Russland und Aserbaidschan abhängig geworden. Zugleich nährt der ökonomische Aufstieg Ansprüche auf eine strategische Rolle im Nahen Osten.

Kann aus dem neuen türkischen Interesse an der friedlichen Nutzung des Atoms



Irans Präsident Achmadineschad bei einer Rede in Teheran.

Foto: ES-Archiv

auch ein Programm zu militärischen Zwecken erwachsen? Konkrete Hinweise dafür gibt es derzeit nicht. Eine öffentliche Debatte darüber findet nicht statt. Zwei Entwicklungen könnten jedoch ein türkisches Atomwaffenprojekt begünstigen: eine iranische Bombe oder zumindest eine iranische Atomwaffenoption und eine zunehmende Entfremdung Ankaras von den westlichen Gesellschaften.

Die Türkei und Iran haben nicht immer freundschaftliche Beziehungen miteinander gepflegt; immerhin haben beide Länder seit 1630 keine ernsthaften Konflikte miteinander gehabt. Aus türkischer Sicht war der Hauptgrund dafür das Gleichgewicht zwischen beiden Ländern. Sollte Iran mit seinen Urananreicherungs- und Schwerwasserprogrammen fortfahren und sich somit immer näher an eine Atomwaffenoption herannähern, könnte sich dieses Gleichgewicht – so wird in Ankara befürchtet – drastisch zugunsten Teherans verschieben. Die Türkei könnte es aber nicht hinnehmen, sollte der Iran eine regionale Vormachtrolle anstreben.

Die US-türkischen Beziehungen haben sich nach dem Irak-Krieg 2003 deutlich abgekühlt. Allerdings ist hier in letzter Zeit in-

sofern eine Besserung eingetreten, als Washington Informationen über Stellungen der kurdischen Befreiungsorganisation PKK im Nordirak preisgab, was Ankara militärische Luftschläge gegen selbige ermöglichte. Fraglich ist jedoch, ob die amerikanisch-türkischen Beziehungen wieder dauerhaft belastbar werden. Ein grundlegendes Vertrauen auf die Sicherheitsgarantien der NATO existiert in der Türkei jedenfalls wohl nicht mehr. Unvergessen bleibt dort etwa das deutsche Zögern, in dem dem Irak-Krieg 1991 vorausgehenden Krise Kampfflugzeuge nach Anatolien zu verlegen.

Auch die Aussichten der Türkei, in absehbarer Zeit EU-Mitglied zu werden, scheinen sich zu trüben. Viele türkische Intellektuelle wenden sich von der EU ab. Sollten beide Entwicklungen voranschreiten, also das iranische Atomprogramm einerseits und die türkische Entfremdung von der EU andererseits, wäre es jedenfalls in der mittleren Frist nicht auszuschließen, dass Ankara eines Tages mit einer Atomwaffenoption liebäugelt. Insbesondere die jüngere Generation von Politikern wie auch Militärs dürften dann nicht bereit sein, auf eigene militärische Nuklearprojekte ohne weiteres zu verzichten.

Vorerst stehen dem jedoch wiederum drei Argumente entgegen: Erstens ist die Türkei Mitglied im NVV und hat auch das Zusatzprotokoll zu den Sicherheitsabkommen der IAEA in Kraft gesetzt. Sie zeigt also ein hohes Maß an nuklearer Transparenz. Darüber hinaus ist Ankara auch Mitglied der »Nuclear Suppliers Group«, deren Anliegen es ist, nationale Exportkontrollen im nuklearen Bereich zu harmonisieren. Somit ist die Türkei derzeit im gesamten nuklearen Nichtverbreitungsregime stark eingebunden.

Zweitens ist die Türkei NATO-Mitglied. Ein – möglicherweise zunächst geheim gehaltenes – türkisches Atomwaffenprojekt würde eine massive Krise in den amerikanisch-türkischen Beziehungen und darüber hinaus mit allen anderen NATO-Partnern heraufbeschwören. Dies würde der Sicherheit der Türkei letztlich trotz allem dort verbreiteten Misstrauen dem Bündnis gegenüber mehr schaden, als eine Atomwaffenoption ihr nutzen könnte.

Drittens schließlich ist die aktuelle nukleare Infrastruktur der Türkei begrenzt. Das Land besitzt seit 1979 einen Forschungsreaktor amerikanischen Ursprungs. Hinzu kommen eine Anlage, in der Arbeiten zur Urankonversion stattfinden Forschungsarbeiten zur Urananrei-

cherung an verschiedenen Universitäten sowie Laborexperimente zur Produktion von Brennelementen. Immerhin sind seit Jahren amerikanische Kernwaffen auf dem türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik stationiert. Von dort aus üben auch türkische Piloten im Rahmen der nuklearen Teilhabe den Abwurf amerikanischer Atomwaffen.

Perspektiven europäischer Politik

Die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie des Maghreb haben ein legitimes Interesse an der zivilen Nutzung der Kernenergie. Darüber hinaus sieht der NVV die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Atoms vor. Diese den genannten Ländern verweigern zu wollen, stellt daher keine politische Option dar. Allerdings müssen Schritte unternommen werden, um den militärischen Missbrauch der entsprechenden Projekte möglichst weitgehend auszuschließen. Dazu gehören erstens weitere Maßnahmen auf der Ebene des UN-Sicherheitsrates mit dem Ziel, Irans Atomprogramm zuverlässig und nachhaltig auf die zivile Nutzung zu beschränken. Zweitens sollte alles getan werden, um diejenigen Länder, die neu in die friedliche Nutzung der Kernenergie einsteigen wollen, von einer Inkraftsetzung des Zusatzprotokolls zu den IAEA-Sicherheitsabkommen zu überzeugen. Die entsprechenden modernen Verifikationsregeln erfordern eine umfassende Berichterstattung über alle Aspekte eines Kernenergieprogramms. Sie geben ferner den IAEA-Inspektoren erweiterte Zugangsrechte, darunter die Entnahme von Umweltproben an jedem Ort ihrer Wahl. Drittens schließlich sollten diejenigen Elemente eines Kernenergieprogramms, die sich am ehesten für einen militärischen Missbrauch eignen, nicht in nationaler Hoheit durchgeführt werden. Dies betrifft insbesondere die Urananreicherung. Es liegen verschiedene Pläne vor, diesen Aspekt des Brennstoffkreislaufs zu internationalisieren. Dazu zählt auch der Vorschlag des Golfkooperationsrates zur Gründung eines Konsortiums für alle Kernenergienutzer im Nahen Osten. Ihm zufolge könnte eine von allen zu nutzende Urananreicherungsanlage beispielsweise in der Schweiz errichtet werden.

Diese Ziele umzusetzen, ist alles andere als leicht. Dennoch sollten sie von Europa mit Nachdruck verfolgt werden, denn sonst droht tatsächlich ein nuklearer Rüstungswettlauf in Nahost – mit unabsehbaren Folgen auch für Europa. ■

Dr. Oliver Thränert leitet die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik in der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.